

„Die Krise ist noch nicht vorbei“

IG-Metall-Chef Berthold Huber fordert milliardenschweres Zukunftsprogramm



IG-Metall-Chef Berthold Huber ist bereit, bei den anstehenden Tarifverhandlungen Zurückhaltung zu üben – unter einer Voraussetzung: „Es muss gelingen, Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung zu erzielen.“

FOTO: FR

Die Produktion in der Metall- und Elektrobranche ist im laufenden Jahr um knapp 20 Prozent eingebrochen, in manchen Teilbranchen wie dem Automobilbau sogar um bis zu 50 Prozent. Rund 203.000 Jobs sind bislang verloren gegangen. Aber es gab, und das sieht IG-Metall-Chef Berthold Huber als Erfolg, kaum betriebsbedingte Kündigungen. Das nennt Huber im Gespräch mit Krischan Förster auch für 2010 als vorrangiges Ziel.

Herr Huber, die IG Metall war immer gut für harte Tarifkämpfe. In Krisenzeiten werden Sie sogar von der Arbeitgeberseite als Realist gelobt, weil Sie nur moderate Lohnforderungen angekündigt haben. Wünschen sich Ihre Mitglieder nicht ein bisschen mehr Klassenkampf?
Berthold Huber: Die Tarifverträge laufen am 30. April des kommenden Jahres aus. Es ist also noch ein bisschen Zeit. Wir gehen keiner Auseinandersetzung aus dem Weg. Aber unsere Mitglieder erwarten, dass wir vor allem ihre Arbeitsplätze sichern. Das ist das Wichtigste. In diesem Jahr ist es gelungen.

Liegt das an der verlängerten Kurzarbeit?
 Sie hat uns wesentlich geholfen. Aber man darf auch das System von Zeitkonten nicht vergessen, das wir in den vergangenen Jahren aufgebaut haben. Das war unsere Idee, die sich jetzt in der Krise bewährt.

Dennoch – welche Spanne sehen Sie für eine mögliche Lohnerhöhung?
 Ich nenne heute noch keine Zahl vor dem Komma. Aber klar ist: Führen die Gespräche zur Beschäftigungssicherung zum Erfolg, wird die Forderung anders ausfallen als wenn sie scheitern.

Sind Sie einverstanden mit der Krisenpolitik der Regierung?

Wir brauchen vernünftige Rahmenbedingungen wie die schon beschlossene Verlängerung der Möglichkeit zur Kurzarbeit für bis zu 18 Monate für 2010. Es gibt aber bisher keine Entscheidung über die notwendige Befreiung der Arbeitgeber von den Sozialbeiträgen ab dem siebenten Monat. Wir haben aber viele, vor allem mittlere und kleinere Betriebe, die die Remanenzkosten nicht mehr bezahlen können, ohne in existenzielle Schwierigkeiten zu geraten. Häufig ist deren Eigenkapitalquote so niedrig, dass ein Betrieb schnell zum Insolvenzfall wird. Wir brauchen zudem akzeptable Kreditzinsen der Banken, die deren Refinanzierungszinsen nicht um ein Vielfaches übersteigen.

Was wurde versäumt?

Es ist das eine, die systemrelevanten Banken zu retten. Das findet auch unsere Zustimmung, weil sonst das Finanzdesaster noch viel größer geworden wäre. Wir hatten der Regierung empfohlen, Einfluss wie andere Anteilseigner auszuüben. Das ist leider nicht geschehen.

Betreiben die Banken deshalb mit billig aufgenommenem Geld schon wieder Investmentbanking, während die Wirtschaft dringend benötigte Kredite nicht bekommt?

Ich finde es höchst verwerflich, wenn schon wieder Renditeziele von 20, 25 Prozent ausgegeben und schamlos wieder Boni gezahlt werden, so, als hätte es die Krise und die massiven staatlichen Hilfen nicht gegeben. Ein Unternehmen, das sich das leisten kann, hat entweder eine Monopolstellung oder es geht auf Risiko. Wenn aber eine systemrelevante Bank das macht, muss aus meiner Sicht der Staat dringend eingreifen. Solche Banken müssen an die Kandare.
Haben Sie da konkrete Vorstellungen?

Man darf sich jedenfalls nicht an der Nase herumführen lassen. Wer die Bank gerettet hat, muss auch die Regeln bestimmen. Es fehlt aber immer noch eine effektive Regulierung der Finanzmärkte. Ich bin der Marktwirtschaft mehr als zugeneigt und will den Staat nicht überall dabei haben. Aber manchmal geht es nicht anders.

Auch die Hilfen aus dem Deutschlandfonds greifen bislang nicht bei allen Firmen.

Wir reden hier über eine Grundsatzentscheidung: Wollen wir gute Unternehmen stützen, von denen ja nicht wenige Weltmarktführer sind und von denen unser Wohlstand abhängt? Oder sollen wir sie aufgeben, weil sie im Moment Liquiditätsgapss haben, keine oder nur viel zu teure Kredite bekommen? Wenn wir auch nach der Krise wieder Wachstum und Beschäftigung wollen, sind solche Unternehmen doch unverzichtbar. Nehmen wir den Werkzeugmaschinenbau, da ist Deutschland führend in der Welt. Wollen wir die Branche kaputt gehen lassen, unsere über Jahrzehnte erworbene Kompetenz, unser Vermögen preisgeben? Das wäre industriepolitisch gesehen eine Katastrophe. Nein, wir müssen das Kapital freigeben, das ihnen hilft.

Wieder ein Appell an die Regierung?

Ja. Wir müssen unsere industriellen Kerne erhalten und schützen, dazu gehört ganz klar die Metall- und Elektroindustrie. Es glaubt doch ernstlich keiner, dass wir Wertschöpfung künftig allein mit Dienstleistungen erwirtschaften können. Wir brauchen ein Zukunftsinvestitionsprogramm. Im Automobilbau, in der Luftfahrt, auf der Schiene können wir doch was, da sind wir weltweit anerkannt. Das Gleiche gilt für Bio- und Umwelttechnologien. Zudem müssen wir neue Konzepte entwickeln. Es geht ja nicht darum, nur das Alte zu regenerieren, sondern auch darum, Neues zu schaffen.

Auch im Schiffbau?

Da wird bislang nur in Einzelfällen geholfen, wir aber brauchen einen programmatischen Ansatz. Wir haben auch auf den Werften eine hohe Kompetenz und ein großes Zukunftspotenzial, beileibe nicht nur im U-Boot-Bau. Daran zeigt sich, warum es uns geht: Nicht nur das Alte zu regenerieren, sondern auch Neues zu schaffen. Unsere französischen Nachbarn sind da viel weiter, die haben längst ein solches Zukunftsprogramm.

Wie viel Geld ist dafür nötig?

Ich denke an etwa 100 Milliarden Euro. Das darf auch kein Problem sein, die Rettung der Banken war viel teurer. Zu einer industriepolitisch neuen Weichenstellung gehören selbstverständlich auch die Felder Bildung, Aus- und Weiterbildung. Wir brauchen weiter guten Nachwuchs, und wir müssen uns um viele hochqualifizierte Ingenieure und Facharbeiter kümmern, die jetzt vielleicht ihren angestammten Job verlieren, nach einer Umschulung aber in anderen Branchen noch unterkommen können. Da brauchen wir eine Verständigung zwischen Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften, wie das zu bewerkstelligen ist.

Warum wird das Thema nicht angepackt?

Offenbar war ein Gesetz wichtiger, das angeblich das Wachstum durch Steuerentlastungen für Reiche und Vermögende beschleunigen soll. Das ist doch nichts anderes als ein milliardenschweres Zugeständnis an die Klientel der FDP. Ich bedauere es, dass die Kanzlerin aus Koalitionstreue heraus so einen Unsinn mitmacht.
Das klingt so, als ob Sie Ihre im Tarifkon-

flikt aufgesparte Kampfkraft postwendend auf der politischen Ebene einsetzen wollen.

Wir haben ja drängende Fragen zu klären. Die Rente mit 67 gehört gekippt, wir haben doch heute schon eine große Lücke zwischen dem tatsächlichen und dem gesetzlichen Renteneintrittsalter, im Ergebnis ist das Ganze ein Rentenkürzungsprogramm und ein Betrug an den Arbeitnehmern. Und indem der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung noch kurz vor der Krise auf 2,8 Prozent gesenkt wurde, hat man auf Geld verzichtet, das beschäftigungspolitisch dringend gebraucht wird. Ich nenne das blindwütig.

Die Regierung muss sich warm anziehen?

Das könnte schon sein...

Die Probleme dürften in Berlin bekannt sein...

Ich sehe aber die Tendenz, die Krise schon wieder schönzureden, auch beim Wirtschaftsminister. Dafür ist die Lage aber viel zu ernst. Wir reden über das Schicksal von Hunderttausenden von Menschen. Wir haben eine in der Geschichte einmalige Krise, darauf müssen wir auch mit besonderen Maßnahmen reagieren. Nur wer Arbeit hat, selbst wenn es Kurzarbeit ist, zahlt auch Steuern. Ich erwarte, dass sich die Regierung diesen Problemen konkret stellt und keine ideologischen Phrasen drischt oder die immer gleichen Glaubenssätze predigt.

Der Vorschlag der IG Metall für die Krisenbewältigung ist eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit?

Wir haben immer gesagt, dass wir uns neben der in der Krise eingeführten, quasi konjunkturellen Kurzarbeit auch andere Maßnahmen wie eine weitere, vorübergehende Absenkung der Wochenarbeitszeit zur Beschäftigungssicherung vorstellen können. Voraussetzung ist aber angesichts der Lohnverluste für die Beschäftigten, dass es einen Teillohnausgleich gibt.

Wer soll den denn zahlen?

Die Arbeitgeber wollen am liebsten, dass der Staat das übernimmt. Ich sage, es gibt auch eine gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen, sie müssen die Zahlung übernehmen. Der Staat kann aber trotzdem etwas tun, indem dieser Ausgleich von Sozialbeiträgen freigestellt wird. Das müssen wir noch klären, aber ich sehe da eher eine Finanzierung auf drei Säulen als Lösung. Aber auch da ist der Staat wieder gefragt, das können wir als Gewerkschaft nicht allein hinbekommen.

Aber Sie werden weiterhin die Debatte befeuern...

Das werden wir tun, da können Sie ganz sicher sein.



Zur Person

Berthold Huber wird für seine ruhige, sachliche Art geschätzt – von den 2,3 Millionen Mitgliedern der IG Metall ebenso wie von den Arbeitgebern oder der Politik. Huber, am 15. Februar 1950 in Ulm geboren, ist gelernter Werkzeugmacher. Mit Beginn seiner Ausbildung trat er 1971 in die IG Metall ein. Sieben Jahre später wurde er bei der Firma Kässbohrer bereits zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Die hauptamtliche Gewerkschaftstätigkeit begann für Huber 1990. Von 1998 bis 2003 war er Bezirksleiter für Baden-Württemberg, von 2003 an Zweiter Vorsitzender der IG Metall, die er seit November 2007 als Erster Vorsitzender führt.



ZEITZEICHEN

Von Hans-Günther Thiele

Verkehrte Welt. Nicht mal das Wetter passt. Da reden wir uns die Köpfe heiß über die Klima-Katastrophe, und gleichzeitig bibbern wir, was das Zeug hält. Väterchen Frost hat Europa fest im Griff. Wieder mal richtig Winter. Es schneit sogar. Doch Mutter Natur kann unsere Befürchtungen nicht zerstreuen. Die Daten demontieren sie.

Danach ist davor

Der Kollaps der Konferenz in Kopenhagen ist gerade noch verhindert worden. Durch einen Verfahrenstrick. 193 Staaten „nehmen zur Kenntnis“, dass sich die Hauptakteure auf einen „Copenhagen Accord“ verständigt haben. Schon das erforderte einen Kraftakt um den Preis der Inhaltslosigkeit. Man ist sich einig, dass etwas getan werden muss, verzichtet jedoch auf konkrete Ziele und verbindliche Maßnahmen. Hätte es schlimmer kommen können? Wie man's nimmt. Ein absolutes Scheitern hätte vielleicht den politischen Druck erhöht. Ebenso aber hätte dieser ganze Prozess explodieren können, mit unabsehbaren Folgen.

Mammut-Treffen enttäuschen zwangsläufig allzu idealistische Hoffnungen. Ein Zwerg wie der pazifische Inselstaat Tuvalu, dessen Existenz bedroht ist, muss auf die Pauke hauen. Was denn sonst? Aber an den Konferenztischen sitzen eben nicht die geballte Vernunft und Fairness oder der objektive Weltgeist, sondern knallharte Interessenvertreter. Unsere Vertreter. Die Größten unter ihnen mögen ihre geopolitischen Machtspielchen betreiben. Tatsächlich geht es um gigantische

Verteilungskämpfe. Seien wir ehrlich: Auch hierzulande hat die Abwrackprämie in den vergangenen Monaten mehr Menschen zum Handeln veranlasst als die Sorge um die Zukunft.

Sämtliche Kommentare zu Kopenhagen sind so richtig wie wohlfeil: kläglich, windelweich, praktisch wertlos. Aber dieser Minimal-Konsens ist mehr als nichts. Ein George W. Bush hätte sich anders verhalten als Barack H. Obama. Und dass China mauern würde, konnte im Ernst keinen überraschen. Nach der Konferenz ist vor der Konferenz. Auf Kopenhagen folgen Bonn und Mexiko. Das Kyoto-Protokoll läuft in drei Jahren aus. Keine Frage: Die Zeit wird knapp.

Krieg, Konsens und Kundus

Innenpolitik, wohin man schaut. Das kann nicht anders sein. Auch für die Außen- und Sicherheitspolitik bedarf es zunächst des Mandats im eigenen Haus. Bis zur Bundestagswahl waren sich mit Ausnahme der Linken alle darin einig, das Thema Afghanistan öffentlich zu beschweigen. Trotz Kundus! Dieser Konsens zerbröckelt momentan. Wegen Kundus. Plötzlich wird auch dem letzten Bundesabgeordneten klar, was er da durchgewunken hat. Nicht den Brunnenbau nämlich, sondern den Krieg. Oberst Klein wollte Taliban „vernichten“, so wortwörtlich.

Es muss nicht schaden, dass sich die Deutschen in ihrer Mehrheit skrupulöser verhalten als andere Nationen. Nach Hitler ist das weiß Gott keine Schande. Im Gegenteil. Aber dringend notwendig ist eine offene Auseinandersetzung. Diese fatale Informationspolitik aus Beschönigen, Verharmlosen und Vertuschen hat ihre Ursache ja gerade in der Unaufrichtigkeit und Verdrücktheit, mit der bislang darüber geredet wurde. Man wollte das Volk nicht verschrecken. Jetzt schlägt die Stunde der Wahrheit.



AUSGUCK

Von Joerg Helge Wagner

Nach den Aufregungen der vergangenen Woche – Klima, Kundus, Haushalt, Steuern – sieht es so aus, als wolle die Politik jetzt mal ein wenig abkühlen, durchatmen, ausruhen. Wir blicken also quasi auf eine Zwei-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich.

Steuern runter – Gehälter auch?

Ha! Lohnausgleich! Gutes Stichwort, denn es weist schon auf das hin, was uns in den kommenden Wochen beschäftigen wird: Tarifverhandlungen. Die Positionen der größten Einzelgewerkschaft der Welt können Sie ja bereits dem nebenstehenden Interview entnehmen. Aber natürlich wird nicht nur in der Industrie verhandelt werden, sondern auch im Öffentlichen Dienst. Daran erinnert uns morgen der Marburger Bund, die gewerkschaftliche und gesundheitspolitische Interessenvertretung aller angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte in Deutschland. Die sagen uns in Berlin, wo es 2010 tarifpolitisch an den kommunalen Krankenhäusern langgehen soll. In Bremen, wo die Krankenhausgesellschaft jüngst schon einen Investitionsstau von schlappen 442 Millionen Euro ausmachte, wird man das mit besonderem Interesse verfolgen.

Silberstreif und Morgenluft?

Aber vielleicht wird ja tatsächlich alles besser im kommenden Jahr: Konsum und Steuererleichterungen lassen die Konjunktur anspringen, die Unternehmen stellen wieder Leute ein, öffentliche Einnahmen steigen, während die Transferausgaben sinken... Ob wir wenigstens darauf hoffen dürfen, sagen uns mit gewohnter Präzi-

sion und Zuverlässigkeit am Dienstag zwei Institute: Jenes für Wirtschaftsforschung in seinem monatlichen Konjunkturbarometer und die Gesellschaft für Konsumforschung in ihrer ganz besonderen Klimastudie.

Klima? Da war doch was? COP15 – das klang ja ohnehin mehr nach einem Zusatzstoff für Superbenzin als nach einem Durchbruch zur Rettung des Weltklimas in der Dänen-Metropole. Die Nachlese zum bislang größten Gipfeltreffen der Vereinten Nationen findet am Dienstag im kleinen Kreis statt: In Brüssel treffen sich die Umweltminister der EU. Öffentlich kommen wenigstens die zu einer einheitlichen Bewertung.

Die Innenminister arbeiten ja schon ganz gut zusammen. Deshalb kann das Bundeskriminalamt (BKA) schon morgen in Wiesbaden den Abschlussbericht zu „ziviler Sicherheitsforschung und Innovation in Europa“ vorstellen. Das Opus wurde in zweijähriger Arbeit von einem Forum erstellt, das 2007 während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft eingerichtet worden war – da war Wolfgang Schäuble noch fürs Lauschen und nicht fürs Sprechen zuständig. Und „zivile Sicherheit“ – ist die überhaupt noch sauber zu trennen von „militärischer Sicherheit“ in Zeiten der globalen terroristischen Bedrohung? Aber diese Frage wird BKA-Präsident Jörg Ziercke wohl kaum beantworten

Wählen nach Weihnachten

Gewählt wird auch noch auf den letzten Metern bis Silvester. In Kroatien, derzeit aussichtsreichster EU-Kandidat, geht es am kommenden Sonntag um das Amt des Präsidenten. In Usbekistan – hier liegt die wichtigste Nachschubbasis für die Bundeswehr in Afghanistan – wird das Parlament gewählt. Ein Hoffnungsschimmer, denn 2005 ließ Dauermachthaber Islam Karimow hier noch Hunderte oppositionelle Demonstranten zusammenschießen.

IMPRESSUM

KURIER AM SONNTAG

unabhängig und überparteilich
 siebte Ausgabe ihrer Tageszeitung

VERLAG UND DRUCK:
 Bremer Tageszeitungen AG · Briefanschrift: 28189 Bremen
 Hausanschrift: Martinstraße 43, 28195 Bremen.
 Chefredaktion und verantwortlich: Lars Haider; Anzeigen:
 MVB Medien Vermarktung Bremen GmbH; verantwortlich:
 Michael Sulenski, Werner Eberskirch, alle in Bremen.
 Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrHG geregelten Fälle. Für unverlangte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.
 Die Zustellung der Sonntagsausgabe erfolgt im Rahmen des Zeitungsabonnements. Bei Zustellung per Post erfolgt die Lieferung zusammen mit der nächsten Werktagsausgabe. Abonnementskündigung ist nur schriftlich bis zum 15. eines Monats zum Monatsende möglich. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages, bei Streik oder höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.
 Anzeigenpreis und -bedingungen nach Preisliste Nr. 63.
 Keine Gewähr für fernmündlich aufgebene Anzeigen.
 Gerichtsstand Bremen.

Verlag	Telefon: 0421 / 36710
	Telefax: 0421 / 36711000
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de	
Anzeigenannahme	Telefon: 0421 / 36716655
Kleinanzeigen	Telefax: 0421 / 36711010
Anzeigen	Telefax: 0421 / 36711100
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de	
Abonnenten-Service	Telefon: 0421 / 36716677
(8 bis 12 Uhr)	Telefax: 0421 / 36711020
Nachliefer-Service	Telefon: 0800 / 3671222*
(8 bis 11 Uhr)	(*Kostenlos aus dem Festnetz)
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de	

Schlechtes Jahr für die Luftfahrt

Montreal (wk). Die internationale Luftfahrtindustrie hat in diesem Jahr stark unter der weltweiten Wirtschaftskrise gelitten. Der Passagiertransport sei 2009 im Vergleich zum Vorjahr weltweit um 3,1 Prozent eingebrochen, teilte die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) unter Berufung auf eine vorläufige Jahresbilanz in Montreal mit. Dies sei der stärkste Rückgang in der Geschichte der Branche.

Demnach ging die Zahl der Passagiere auf internationalen Verbindungen um 3,9 Prozent und auf Inlandsflügen um 1,8 Prozent zurück. Den Grund für das Minus sieht die ICAO in der internationalen Wirtschaftskrise. Die Zahlen spiegeln den Rückgang der weltweiten Wirtschaftsleistung um ein Prozent wider, hieß es in einer Mitteilung der Organisation. Von dem Einbruch der Passagierzahlen betroffen waren laut ICAO alle Weltregionen abgesehen vom Nahen Osten, wo ein Plus von zehn Prozent registriert wurde. Besonders stark war der Rückgang demnach in Afrika zu spüren, wo die Zahl der Fluggäste um 9,6 Prozent abnahm.

Für 2010 erwartet die Organisation, für die Luftfahrtindustrie parallel zu einem wirtschaftlichen Aufschwung wieder bessere Zahlen. Die ICAO rechnet mit einem Plus bei den Passagieren von 3,3 Prozent.